



**GENERALVERSAMMLUNG DES WALLONISCHEN STÄDTE- UND
GEMEINDEVERBANDES – NAMÜR, DEN 20. MAI 2011**

**MOTION
ZUR STÄRKUNG DER LOKALEN BEHÖRDEN, SOWOHL AUF EBENE DER
ZUSTÄNDIGKEITEN ALS AUCH DER MITTEL**

Wir, die wallonischen Bürgermeister und Gemeindevandatare,
am heutigen Tage zusammengekommen zur Generalversammlung des wallonischen
Städte- und Gemeindeverbandes, im Bewusstsein der Arbeit, die seit den Wahlen vom 13.
Juni 2010 im Hinblick auf die Ausarbeitung eines ausgeglichenen institutionellen,
wirtschaftlichen und sozialen Abkommens geleistet wurde:

- Bringen unsere tiefe Besorgnis hinsichtlich des Nichtvorhandenseins einer voll geschäftsfähigen föderalen Regierung zum Ausdruck, wodurch zahlreiche Dossiers, die für die Städte, Gemeinden und ÖSHZ finanziell sehr belastend und für die Zukunft unseres Landes von entscheidender Wichtigkeit sind, blockiert werden, darunter insbesondere die folgenden:
 - o Die Reform der Feuerwehrdienste, insbesondere das Finanzierungsabkommen (50/50) zwischen den Städten und Gemeinden einerseits und den Föderalbehörden andererseits,
 - o Die Finanzierung der Polizei,
 - o Die Zukunft der Politik der Großstädte,
 - o Die Zukunft der Finanzierung der Sicherheits- und Vorbeugungspläne,
 - o Die Pensionen, insbesondere des Gemeindepersonals,
 - o Die Aufbesserung der Finanzierung der Aufgaben, die den ÖSHZ, den letzten Bindegliedern der sozialen Sicherheit, zugeteilt wurden;
- Unterstreichen, dass die derzeitige Situation offenkundig zum Ausdruck bringt, inwiefern eine weitgehende Dezentralisierung zu autonomen und verantwortlichen lokalen Behörden die Stabilität und Kontinuität zahlreicher, für das tägliche Leben der Bevölkerung unerlässlicher lokaler Dienstleistungen gewährleistet;
- Appellieren an die Vernunft des Staates und an die Fantasie der föderalen politischen Akteure, um aus dieser institutionellen Krise heraus zu gelangen und den Wohlstand und die Sicherheit aller Bürger zu erhalten, in einem Geiste der gemeinschaftlichen Offenheit, Toleranz und gegenseitigen Wertschätzung;
- Fordern, dass die zukünftige Staatsreform die lokalen Behörden respektiert, indem Sie diesen die strikte budgetäre Neutralität der Entscheidungen, welche die föderalen Behörden in diesem Rahmen zu treffen haben, zusagt - eine budgetäre Neutralität, die in den vergangenen Jahren nur allzu oft sträflich vermisst wurde;
- Fordern, dass die Übertragung von Teilkompetenzen an die Regionen, und folglich an die Gemeinden, in dem Bestreben um Kohärenz, administrative Vereinfachung und Effizienz geschieht, und mit angemessenen Mitteln, die in einem ausgeglichenen Finanzierungsgesetz zu verankern sind, was eine Politik zum Wohle des Bürgers und der Unternehmen ermöglicht;

- Beauftragen den wallonischen Städte- und Gemeindeverband, unseren repräsentativen und föderativen Dachverband, die Elemente der vorliegenden Motion auf Ebene der Föderal-, der Regional- und der Gemeinschaftsregierungen zu verteidigen.
